

Konzept für die künftige Mitglieder- und Personalentwicklung

(Beschluss der 3. Tagung des 3. Landesparteitages der
Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 17. November 2012)

„Wir müssen Menschen gewinnen und begeistern – für eine alternative Politik, für Solidarität, Kritik und Widerspruch. Das ist unsere eigentliche Aufgabe. Wir müssen neben unserer administrativen und organisatorischen Arbeit vor allem Kraft und Ideen für politische Ziele und deren Übersetzung aufbringen.“

1. Rahmenbedingungen und Herausforderungen
2. Mitgliederwerbung und -bindung
 - 2.1. Neue Mitglieder gewinnen – die Partei kulturell öffnen
 - 2.2. Spezifische Rolle des Jugendverbandes und die Einbindung junger Mitglieder
3. Geschlechtergerechtigkeit
4. Mitgliederleben für alle
 - 4.1. Arbeitsfähige Strukturen erhalten
 - 4.2. Kommunikation mit allen
5. Politisierung und Wissenstransfer
6. Personalentwicklung
7. Aktuelle Herausforderung – Vorbereitung der Kommunalwahlen
8. Ausblick

1. Rahmenbedingungen und Herausforderungen

DIE LINKE braucht Menschen. Wir brauchen mehr Vielfalt, mehr Anderes, mehr Neues, mehr Stimmen aus der Gesellschaft und in sie hinein. Denn wir strahlen aus, was unsere Bezüge im Alltag sind, was uns sorgt und unser Glück ausmacht – ob im Studium, in der Ausbildung und der Arbeit, mit unseren Kindern und Familien, im Ruhestand, in der Erwerbslosigkeit und der Suche nach Sinnstiftung und Verwirklichung. Wir brauchen DIE LINKE als sozialen Ort, in der sich Menschen gestärkt fühlen und in dem wir solidarisch und verbindlich miteinander umgehen.

DIE LINKE im Osten steht vor einem umfassenden Generationenaustausch. Die Partei verändert sich. Dieser Wandel vollzieht sich auch in der Wählerschaft. Die guten Wahlergebnisse im Osten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Jung- und Erstwählerinnen und –wähler erst an dritter Stelle in der Parteienkonkurrenz für DIE LINKE entscheiden. Eine neue Generation hat keinen direkten Bezug mehr zur DDR. Die ostdeutschen Milieus, die die PDS gestärkt und die Dämonisierung einer sozialistischen Partei in Deutschland verhindert haben, sind im Schwinden begriffen.

Parallel dazu sind immer mehr Menschen durch die – sich massiv mit der Agenda 2010 (2003) und Hartz IV (2004) verschärfende – soziale Spaltung und die Dauerkrise vom Politikbetrieb desillusioniert. Nicht mehr zur Wahl gehen nicht nur Deklassierte und Abgehängte, sondern auch selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die lieber in einer Initiative oder im Volksentscheid für ihre Interessen kämpfen, als die Problemlösung an die sie verursachenden Parteien delegieren zu wollen. Nicht immer bedeutet dies einen liberalen Aufbruch.

Der Partei DIE LINKE droht die Zuschreibung „Alternative“ im Politikbetrieb zu sein, an die PIRATEN zu verlieren. Die PIRATEN sind für viele die Projektionsfläche für Parteiverdrossenheit und Ausdruck eines neuen Lebensgefühls. Für DIE LINKE ist dabei wichtig: Die Menschen wollen als Aktive angesprochen werden und nicht als Opfer der Verhältnisse. Und die soziale Zusammensetzung der Bürgerproteste zeigt: Die Prekären, die sozial Benachteiligten der Gesellschaft sind dort unterrepräsentiert. Die Gesellschaft spaltet sich immer weiter in arm und reich, in Etablierte und Perspektivlose, in Sprachmächtige und Resignierte.

DIE LINKE muss die Mutigen und die kritischen Geister ebenso wie die Ohnmächtigen erreichen. Das ist unser spezifischer Anspruch innerhalb der repräsentativen Demokratie. Danach müssen wir ebenso unsere innerparteiliche Praxis ausrichten. Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten müssen reale Möglichkeiten haben, die Partei zu gestalten.

In der Partei müssen auch Mitglieder, die in prekären Verhältnissen leben und arbeiten, Möglichkeiten finden, sich selbstwirksam zu erleben und geachtet zu fühlen. Der Wissenstransfer – organisatorisch, ideologiekritisch, praktisch – muss innerhalb des Landesverbandes einen neuen Stellenwert erhalten. Um neue Mitglieder und neue

Wählerinnen und Wähler zu gewinnen sowie die bereits erreichten zu halten, ist unser konzeptionelles und emotionales Bemühen gleichermaßen gefordert. Wir zielen ab auf kulturelle und kommunikative Veränderungen, auf eine Öffnung und Repolitisierung der Partei, auf eine stärkere Zusammenarbeit der Ebenen. DIE LINKE soll weiter und wieder sozialer Ort für ihre Mitglieder sein. Wir wollen die Aktiven stärken und die Inaktiven ermuntern.

2. Mitgliederwerbung und -bindung

2.1. Neue Mitglieder gewinnen – die Partei kulturell öffnen

In Zeiten großer Präsenz und medialer Aufmerksamkeit, besonders während der Wahlkämpfe, erfolgen die meisten Neueintritte. Trotz großer Verantwortung unserer „Mediengesichter“ – im vielstimmigen Chor unserer Partei spielen wir alle eine Rolle – ob für thematische, strategische oder personelle Entscheidungen.

DIE LINKE muss sich um Vertrauen immer wieder neu bewerben. Kompetenzen müssen immer wieder neu bewiesen, neue Politikfelder besetzt, andere Milieus erschlossen werden. Die Veränderungen der digitalen Welt und der Wissensgesellschaft müssen in unsere Praxis als Partei eingehen. Soziale Bewegungen dürfen nicht beschworen, sondern müssen vor allem verstanden und besonders im Osten befördert werden.

Dazu gehört auch, sich über Barrieren bewusst zu werden. Die Texte der Partei sind nicht für alle verständlich und nicht alle, die wir eigentlich erreichen wollen, verstehen wir in ihren Lebensumständen. Flüchtlinge leiden unter einer Vielzahl von Sonder- und Spezialgesetzen. Es fehlt ihnen, die noch weniger haben als den Hartz IV-Regelsatz, schlicht am Geld um zu uns zu kommen sowie an Informationen über uns. Frauen sind – ob wir das kritisieren oder nicht – in der Regel stärker in die Familienarbeit eingebunden als Männer. Wir erleben in den Sprechstunden und Sozialberatungen, während der Erwerbslosenfrühstücke und den Montagsdemos, wie weit Emanzipation, Politik und Leben auseinander liegen können. Im Landtag streiten wir für die Umsetzung der EU-Konvention für Menschen mit Behinderungen – für Rollstühle in unseren Geschäftsstellen müssten wir erst umräumen.

Wir bestimmen den Verlauf unserer Sitzungen und den Umgang mit Menschen in unseren Veranstaltungen. Wir sind es, die zwischen der Unterschiedlichkeit der Genossinnen, Genossen und der Interessierten vermitteln müssen: Zwischen lautem Vielredner und leisem Unsicheren, zwischen denjenigen, die am Abend zu ihren Familien wollen und denjenigen, für die der Termin ein wichtiger Sozialkontakt ist. Zwischen denen, die die Partei seit ewig kennen und denen die nicht wissen, was ein Quorum ist. Wir bestimmen über das Aussehen unserer Geschäftsstellen, über die Sprache unserer Anträge und über die Gestaltung unserer Materialien.

Die gute Erreichbarkeit unserer Veranstaltungen mit dem öffentlichen Nahverkehr ist nicht immer selbstverständlich, Anfahrtspläne für unsere Veranstaltungen halten wir in der Regel ganz und gar für unnötig – „wir waren doch schon immer hier, wer sollte kommen, der das nicht wüsste“. Vegetarisches Essen löst schon mal Tumulte aus, einzig dem Jugendverband werden solche „Mätzchen“ zugestanden. Unsere Veranstaltungen sind dann geschlossene Angelegenheiten, „closed shops“, die wenig anziehend wirken.

Eine LINKE, die die Gesellschaft verändern möchte, muss selbst offen sein für Veränderung.

Eine LINKE, die Bündnisse schließen will, muss sich interessieren und selbst interessant sein.

Eine LINKE, die die sozial-ökologische Wende will, muss bei sich selbst anfangen.

Vorschläge und Maßnahmen:

Die alten Tipps bleiben aktuell. Eintrittserklärungen gehören an jeden Infostand, in jedes Onlineangebot der Partei, zu jeder Ausstattung einer Veranstaltung. Mit jedem öffentlichen Auftreten repräsentieren wir auch DIE LINKE. Ob bei Facebook, beim Bürgerverein, beim Parteitag – wir alle betreiben Öffentlichkeitsarbeit – ob wir wollen oder nicht.

Interessierte und Eintrittswillige haben immer Vorrang vor dem Tagesgeschäft. Eintritt und Kreiskontakt müssen – besonders beim Online-Eintritt – in enger zeitlicher Abfolge geschehen. Die erste Übersicht über Informations- und Kontaktangebote vor Ort und im Land sowie zur Mitarbeit in den Landesarbeitsgemeinschaften wird weiterhin durch die Landesgeschäftsstelle unterbreitet. Die Integration der neu Eingetretenen muss dann innerhalb der Kreis- und Stadtverbände forciert werden.

Wir verlieren Menschen durch Austritte. Jeder Kreis- und Stadtverband sollte hier unmittelbar das Gespräch suchen. Wir versuchen diejenigen zu halten, die sich aus guten Gründen bereits einmal für DIE LINKE entschieden haben. Wir interessieren uns für die Gründe, warum wir diese Menschen enttäuscht haben.

Einladungen sollen einladen – also ansprechend sein und Menschen erreichen. Wir achten auf unsere Außenwirkung und auf die Ausstrahlung. Wo treffen wir uns, wie leicht ist der Veranstaltungsort für jemanden zu erreichen, der das erste Mal zu uns kommen möchte? Ist der Veranstaltungsort barrierefrei zugänglich?

Wir prüfen bei der organisatorischen Vorbereitung von Veranstaltungen in den Kreisen und im Land die Möglichkeit neue Veranstaltungsformate umzusetzen. Besonders junge Menschen und Frauen wollen wir so neugierig auf unsere Partei machen.

DIE LINKE sollte Nachhaltigkeit im Organisationsbewusstsein verankern. Viel gewonnen ist schon, einzelne Kritik und Anregungen engagierter Mitglieder anzunehmen. Vor allem jüngere Mitglieder wollen DIE LINKE als einen Ort erleben, in dem nachhaltige und ökologische Produkte verwendet werden. Wir streben die Verwendung von Recyclingpapier für Geschäftspost, KLEINE ZEITUNGEN und andere Druckerzeugnisse an.

Wir prüfen Möglichkeiten zur Erarbeitung und Nutzung mehrsprachiger Imagebroschüren oder Flyer unserer Partei in Zusammenarbeit mit der Bundesebene. Zukünftig soll auf diesen Materialien der Hinweis auf das barrierefreie Internetangebot auch in Brailleschrift erscheinen.

Wir ermöglichen allen Zugang und Teilhabe innerhalb der Partei, auch jenseits des Delegiertenprinzips. Die Kreis- und Stadtverbände erstatten im Rahmen ihrer Finanzpläne nach vorherigem Beschluss Fahrtkosten für Veranstaltungen und Beratungen.

2.2. Spezifische Rolle des Jugendverbandes und die Einbindung junger Mitglieder

Das Gros der Neueintritte sind junge Menschen. Davon organisieren sich die Wenigsten gern in einer Basisorganisation (BO), in der niemand ihren Alltag teilt. Nicht alle Mitglieder unter 35 wollen oder können sich – mangels Gruppe vor Ort – im Jugendverband engagieren. Aber – für alle braucht es ein Angebot. Bieten wir jungen Menschen eine Plattform und verstehen wir ihre Interessen? Der Jugendverband ist nur eine der möglichen Anlaufstellen, politisch Interessierte melden sich in der Fraktion, in den Räten oder bei für sie fachpolitisch spannenden Abgeordneten. Welche Aufgaben werden in den Praktika gestellt, wer erfährt etwas von den Eindrücken und dem Feedback der Ehemaligen? Fließen Anregungen in die politische Strategie der Partei und der Fraktionen ein? Welches Verständnis von Antifa- und Umweltgruppen, Protestinitiativen wie Blockupy und ACTA teilen wir mit ihnen?

Vorschläge und Maßnahmen:

Jugendkoordinator/in bzw. der Jugendverband (Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt) sind bei entsprechenden Eintritten sehr schnell zu informieren, damit auch dieses spezielle Angebot mit dem Eintrittserlebnis verbunden wird.

Die Kreisvorstände thematisieren mindestens jährlich Jugendverband und Jugendförderung. Gibt es keine Jugendgruppe in der Region, sind verbindlich Veranstaltungen von jungen und für junge Menschen anzubieten und diese gezielt einzuladen. Dafür sind auch die Abgeordneten zu gewinnen.

Der Jugendverband oder einzelne Mitglieder werden thematisch und allgemein zu Sitzungen der Vorstände im Kreis und im Land eingeladen. Der Landtags- und den Kreistagsfraktionen wird dieses Vorgehen ebenso empfohlen.

In den Städten, in denen es Hochschulgruppen (Die Linke.SDS) gibt, sind diese in die Gespräche und Planungen einzubeziehen. Die SDS-Gruppen stellen einen wichtigen Faktor in der Hochschullandschaft dar und sind in die politische Zusammenarbeit einzubinden.

Wo es sich thematisch anbietet, prüfen die Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) eine Verzahnung zu den Landesarbeitskreisen des Jugendverbandes (LAKs) und machen gegenseitig Vorschläge zur Zusammenarbeit.

3. Geschlechtergerechtigkeit

Ohne gezielte Maßnahmen von Parteien scheint es bisher nicht möglich, Geschlechterparität in den Parteien voranzubringen. Die Repräsentanz von Frauen in Ämtern und Mandaten ist von solchen Maßnahmen ganz deutlich abhängig. Parteien, die strikte Gleichstellungsregelungen haben, gelingt es deutlich besser, Frauen über Ämter und Mandate Einfluss zu sichern als jenen Parteien, die eher unverbindliche Frauenförderlinien haben¹. Schon deshalb bleibt für DIE LINKE die Regelung zur Quote weiterhin ein wichtiges Instrument auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit. Im Landesverband und in den Kreisen unternehmen wir im Bewusstsein der damit verbundenen Schwierigkeit alle Anstrengungen, die Quotierungsvorgaben einzuhalten.

In Deutschland sind nur etwa 30 Prozent der in Parteien engagierten Mitglieder Frauen, damit liegt der Anteil der Frauen bei unserer Mitgliedschaft in Sachsen-Anhalt mit etwa 44 Prozent noch weit über dem Durchschnitt. Diese Zahl kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in Sachsen-Anhalt bei der Frage der Beteiligung von Frauen in der politischen Arbeit mehreren Herausforderungen gegenüberstehen. Die Hälfte unserer Kreisverbände arbeitet mit Kreis- bzw. Stadtvorständen, die die Quotierungsvorgaben nicht erfüllen. Viele unserer aktiven Frauen sind Vielfachfunktionärinnen. Neue Mitglieder, die zu uns kommen, sind überwiegend Männer, im Jahr 2011 lag der Frauenanteil gerade bei 22 Prozent. Immer weniger Frauen finden sich bereit, aktive Parteiarbeit zu machen. Die Gründe mögen vielfältig sein – sie basieren jedoch häufig darauf, dass sie als Frauen schlechtere Bedingungen für ihr politisches Engagement vorfinden.

Mit dem Konzept für Geschlechtergerechtigkeit hat die Bundespartei ihren Willen deutlich gemacht, auf allen Ebenen der Partei die Beteiligung der Frauen zu stärken und entsprechende Bedingungen dafür konsequent zu schaffen. Für uns bedeutet dies, Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe zu begreifen und entsprechende Maßnahmen bei unserer parteipolitischen Arbeit immer mit zu denken.

¹ 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München 2005

Ziel ist es, kulturell, personell und politisch eine attraktive Ausstrahlung des Landesverbandes für Frauen aller Milieus zu erreichen, daher scheint es unumgänglich die Frage der Geschlechtergerechtigkeit wieder mehr mit einer lebendigen Debatte in unserem Landesverband zu verknüpfen.

Vorschläge und Maßnahmen:

Der Landesverband organisiert zu allen Parteitagen und Regionalkonferenzen die Möglichkeit einer Kinderbetreuung.

Wir prüfen die Möglichkeit zur Erstattung von Kinderbetreuungskosten für Gremienarbeit und Engagement in den vertikalen Arbeitsstrukturen. Sollte diese gegeben sein, werden wir mit Beginn 2013 entsprechende Regelungen treffen.

Gremiensitzungen sollen so organisiert werden, dass sie zeitlich überschaubar durchgeführt werden können. Die Debattenkultur orientiert darauf, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine quotierte und effektive Diskussion achten.

Der Landesvorstand thematisiert mindestens einmal jährlich die Frage der Geschlechtergerechtigkeit, die Quotierungsproblematik und Möglichkeiten zur Stärkung der Frauenstrukturen. Gegebenenfalls werden mögliche Maßnahmen vorgeschlagen.

Der Landesvorstand beruft aus seiner Reihe die Beauftragte oder den Beauftragten für Geschlechtergerechtigkeit.

Die/der Beauftragte für Geschlechtergerechtigkeit sucht das Gespräch mit allen Gliederungen des Landesverbandes zur Frage der Geschlechtergerechtigkeit und berät sie bei der Umsetzung von Maßnahmen oder Veranstaltungen. Sie/er ist Ansprechpartner/in für LISA und weitere Frauenarbeitsstrukturen. Sie/er achtet darauf, dass in den Gremien der Landes- und Kreisebene das Thema Geschlechtergerechtigkeit regelmäßig behandelt wird (mindestens jährlich) und informiert über die aktuelle Situation, insbesondere den Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft, bei Neumitgliedern, Problemen bei der Besetzung von Ämtern oder der Einhaltung der Quotierung. Der Landesvorstand stellt sicher, dass bei Berufung zur/zum Beauftragten für Geschlechtergerechtigkeit eine entsprechende Möglichkeit zur Qualifizierung wahrgenommen werden kann.

Der Landesparteitag nimmt alle zwei Jahre den Bericht der/des Beauftragten für Geschlechtergerechtigkeit entgegen und berät zu vorgeschlagenen Maßnahmen.

Wir diskutieren in einem Frauenratschlag im ersten Quartal 2013, ob es eine Struktur ähnlich dem auf Bundesebene gegründeten Bundesrat LINKER Frauen auch auf der Landesebene geben kann und soll. Dazu suchen wir den engen Austausch mit dem

Landesverband Sachsen, wo ein solches Gremium bereits auf Landesebene gegründet wurde.

Sollte ein solches Gremium die Arbeit aufnehmen, hat der Landesrat LINKER Frauen das Vorschlagsrecht zur Besetzung der/des Beauftragten für Geschlechtergerechtigkeit.

Wir wollen im Zuge der gezielten Personalentwicklung zusätzlich den Fokus richten auf eine Förderung von Frauen. Die Personalverantwortlichen achten darauf bei den Vorschlägen zur Besetzung von öffentlichen und Parteiämtern sowie Mandaten immer mindestens eine Frau in die engere Wahl zu nehmen. Bei den Gesprächen mit Kandidatinnen und Kandidaten, Neumitgliedern oder Frauen, die wir aktivieren wollen, sollen Fragen der Zukunftsplanung und der Vereinbarkeit des politischen Engagements mit dem Familienleben und beruflichen Werdegang aufgeworfen werden.

Wir suchen nach neuen Möglichkeiten zum Beispiel auch mit Hilfe der neuen Medien zur Vernetzung der weiblichen Mitglieder. Für junge weibliche Mitglieder und erfahrene Genossinnen, für Frauen, die Parteiämter bekleiden und Mandate ausfüllen, sollen neue Räume zur Debatte, gegenseitigen Unterstützung und Anerkennung geschaffen werden.

Die Landesgeschäftsstelle organisiert jährlich ein Angebot zum Girls Day (Mädchen-Zukunftstag). Die Kreise prüfen in Zusammenarbeit mit den Kreistagsfraktionen ebenfalls die Möglichkeit zur Umsetzung, um ein landesweites Angebot zu schaffen und publik zu machen.

4. Mitgliederleben für alle

4.1. Arbeitsfähige Strukturen erhalten

Die Mitgliederzahl der Partei DIE LINKE schrumpft in den Ostverbänden in Größenordnungen. Die Kreis- und Stadtverbände sowie der Landesverband reagieren darauf seit langem, indem sie ihre Arbeitsstrukturen anpassen. Wir organisieren uns verstärkt in größeren Einheiten – unter der Maßgabe, den Informations- und Kommunikationsfluss weiter zu erhalten. Wir müssen diesen Prozess im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 und der Kommunalwahlen 2014 kritisch begleiten.

Getragen wird die Partei durch Aktive jeden Alters. In der Partei existieren allerdings mehrere Lebenswirklichkeiten, auch unverbunden nebeneinander. Der Altersdurchschnitt unserer Genossinnen und Genossen liegt in Sachsen-Anhalt bei 66 Jahren. Dem stehen 6 Prozent Mitglieder unter 35 Jahren gegenüber. In den Kreis- und Stadtvorständen werden immer mehr Neue und Jüngere in Funktion kommen, viele Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Fraktionen in den Kommunen und im Landtag werden bei der nächsten Wahl nicht wieder antreten.

Das hat Konsequenzen für Parteileben und Kommunikationswege, für individuelle Zeitressourcen. Es macht einen kreativen Umgang mit neuen und alten Mitgliedern in den

Kreisverbänden erforderlich. Angebote sollten auch bei geringer werdenden Mitgliederzahlen erhalten sowie außerhalb der wohnortsgebundenen BO-Struktur geschaffen werden.

Vorschläge und Maßnahmen

Die Kreis- und Stadtverbände prüfen ihre Gliederungsstrukturen und passen diese unter Berücksichtigung der Gegebenheiten vor Ort kommunalen Strukturen an. Gemäß dem Parteiengesetz § 7 und der Bundessatzung § 13 Absatz 8 orientieren wir dabei auf Bildung von Ortsverbänden. Wo dies noch nicht geschehen ist, fassen die Kreisvorstände oder Kreisparteitage entsprechende Beschlüsse zu ihrer Gliederungsstruktur.

Innerhalb der Parteiorganisation wechseln wir verstärkt vom Delegiertenprinzip zum Mitgliederprinzip. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Gesamtmitglieder- statt Delegiertenversammlungen durchzuführen. Diese sollten öfter mit einer thematischen Veranstaltung verbunden werden.

Der Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle erarbeiten weitere Möglichkeiten, um den Service und die Unterstützung des Ehrenamtes auszubauen. Der Bereich Mitgliederleben der Landesgeschäftsstelle erarbeitet konkrete Vorschläge, um die Wertschätzung der Arbeit des Ehrenamtes regelmäßig deutlich zu machen. Ziel ist es, dass eine Kultur des Danksagens in den Kreis- und Stadtverbänden und im Landesverband noch stärker Berücksichtigung findet.

Die Kreis- und Stadtverbände bauen auf bzw. stabilisieren die notwendigen vertikalen Strukturen und benennen, da wo noch nicht geschehen oder vakant, die entsprechenden Verantwortlichen. Das betrifft vor allem die Bereiche:

- Mitgliederarbeit und Personalentwicklung*
- Politische Bildung*
- Finanzarbeit*
- Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation (Internet, kleine Zeitungen)*
- Wahlen*

Um den Austausch zwischen Kreis und Land in den einzelnen Arbeitsgebieten zu gewährleisten, teilen die Kreisverbände nach Vorstandsneuwahlen oder bei Veränderungen die Verantwortlichen der Landesgeschäftsstelle mit.

Die haupt- und ehrenamtlich Verantwortlichen dieser Bereiche (Land und Kreise) treffen sich mindestens einmal jährlich zu thematischen Beratungen.

Der Landesvorstand prüft Möglichkeiten der Unterstützung und Stärkung der Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) und ihren Strukturen und thematisiert dies jährlich in einer Sitzung.

Die Kreis- und Stadtvorstände prüfen die Regionalisierung von einzelnen Verantwortungsbereichen und ehrenamtlichen Aufgaben und thematisieren dies in einer gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden.

Im Frühjahr 2013 führen Landesvorstand und Kreis- und Stadtvorstände Beratungen zur Arbeitsfähigkeit des Landesverbandes im Vorfeld der Wahlen durch.

4.2. Kommunikation mit allen

Wir haben als Landespartei die Aufgabe, uns als moderne sozialistische Partei zu präsentieren, unsere Ideen, Konzepte und Visionen in die Gesellschaft zu transportieren. Und das nicht nur in Wahlkämpfen, sondern kontinuierlich sowohl in die Partei als auch in die Gesellschaft. Eine sicher nicht konfliktfreie Aufgabe, aber ohne das „Mitnehmen“ der Partei und der Öffentlichkeit bleibt unser Gestaltungsanspruch wohl eher nur Theorie.

Die Anforderungen an uns von außen – also aus der Gesellschaft heraus – wachsen mit unserer Stärke kontinuierlich. Eine reine Oppositionspartei kann sich leicht Entscheidungen entziehen, welche die Lebenssituation von Menschen tatsächlich beeinflussen, da ihre Konzepte selten die Gefahr laufen Realität zu werden. Damit ist sie per se fast immer bei den „Guten“. Wir aber wollen mehr, also müssen wir schon im Vorfeld unsere Konzepte in der Gesellschaft diskutieren und auf Praxistauglichkeit prüfen.

Intern besteht die Aufgabe, schnell und effektiv alle relevanten Informationen von der Landesebene bis in jede Basisorganisation zu bekommen (zumindest sollte das der Anspruch sein) und umgekehrt, die Stimmungen, Probleme, Fragen und Anregungen der Basis auf den Tisch und in die Köpfe der Gremien und Fraktionen zu transportieren.

Extern müssen wir unsere Inhalte, Maßnahmen, Projekte, aber auch die aktuellen Ereignisse, Erfolge und Niederlagen zu den Bürgerinnen und Bürgern transportieren. Wir werden ihnen erklären müssen, wohin wir wollen, gleichzeitig aber auch ihre Sorgen, Wünsche und Anforderungen aufnehmen und ebenfalls in die Partei und die Fraktionen transportieren.

Vorschläge und Maßnahmen:

Jedes Mitglied der Partei sollte in wichtigen Fragen gegebenenfalls auch schnell erreicht werden können. Das setzt allerdings die interne Kommunikation als eine Kombination von Geben und Nehmen voraus. Die Stadt- und Kreisvorstände analysieren in ihrem Verantwortungsbereich Kommunikationswege und Engpässe. Schwerpunkt sind dabei Kommunikationswege (von Beratungsstrukturen bis hin zur digitalen Kommunikation) und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Die Vorstände informieren mittels E-Mail, Website oder anderen Medien Mitglieder schnell und umfassend über Beschlüsse.

In den Stadt- und Kreisverbänden werden Kommunikationsteams gebildet, die insbesondere auch die Abstimmung zwischen Print und WEB, strukturell aber auch mit den Möglichkeiten der kommunalen Fraktionen, der Abgeordneten und der Gliederungen organisieren.

Landesvorstand sowie Stadt- und Kreisvorstände analysieren zumindest einmal jährlich die Kommunikation im Verantwortungsbereich und sorgen für die Umsetzung der Schlussfolgerungen.

Klassische und digitale Kommunikation

Das Internet hat die Kommunikation in der Gesellschaft, aber auch die der Partei, umfassend verändert. Das Tempo des Wissensumschlags, die Schnell- und damit Kurzlebigkeit von Informationen sowie die neuen interaktiven und kollaborativen Möglichkeiten des WEB 2.0 produzieren neue Arbeits- und Lebensweisen. Das haben wir zu berücksichtigen. Gleichzeitig sind wir aber verpflichtet, den (vorwiegend älteren) Genossinnen und Genossen bzw. nicht Netzaaffinen das aktive Mittun in unserer Partei weiter zu sichern und ihre Bindung an uns zu festigen. Die Älteren sind oftmals unsere Gründungsmitglieder, ihre Parteizugehörigkeit ist Ausweis der politischen Geschichte und Identität. Über die Hälfte unserer Mitglieder sind 50 Jahre und älter, rund 40 Prozent älter als 75 Jahre. Diese Genossinnen und Genossen sind das Rückgrat der Partei, sie organisierten und finanzierten in den vergangenen 20 Jahren die Partei und die Wahlkämpfe. Die Partei ist hier für viele der soziale Ort. Man kennt und trifft sich. Informationen bezieht man aus dem persönlichen Gespräch und aus den partei-internen KLEINEN ZEITUNGEN. Nicht brandneue Aktualität steht hier im Vordergrund sondern der soziale Austausch.

Nicht nur in der Partei, auch in der öffentlichen Kommunikation, sind klassische Elemente unverzichtbar. Hier haben wir deutlichen Handlungsbedarf.

Vorschläge und Maßnahmen:

Sollte es ein Mitgliedermagazin auf Bundesebene geben, wird sich der Landesverband mit einem Einleger und eigenen redaktionellen Beiträgen beteiligen.

Gibt es kein bundesweites Mitgliedermagazin, wird im Rahmen des Kommunikationskonzeptes ein Vorschlag für eine Landeslösung unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Magazins „klartext“ und der KLEINEN ZEITUNGEN erarbeitet.

KLEINE ZEITUNGEN sind für die Kreisverbände unverzichtbar. Mit den Kreisverbänden wird beraten, ob ein einheitliches landestypisches Layout gewünscht wird. Ist das der Fall, wird die Landesgeschäftsstelle beauftragt, ein solches im Jahr 2013 zur Verfügung zu stellen.

Zur Unterstützung der KLEINEN ZEITUNGEN wird durch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit der Landesgeschäftsstelle ein Artikel- und Bildpool organisiert.

Der Newsletter des Landesvorstandes wird regelmäßig weitergeführt – er ist im E-Mail-Format oder als Printausgabe verwendbar.

Wahlzeitungen sind zu Wahlen ein zentrales Kommunikationsmittel. Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre wird das Landeswahlbüro beauftragt, einen Vorschlag für einen möglichen Einleger für die Bundeswahlzeitung 2013 und für eine Wahlzeitung zu den Kommunalwahlen 2014 zu erarbeiten.

Layoutvorlagen für Flyer, Postkarten usw. für eine kontinuierliche öffentliche Kommunikation werden durch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit organisiert und den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt. Ziel muss es sein, sich mindestens zwei Mal im Jahr mit Positionen zu brennenden aktuellen Themen an Wählerinnen und Wähler zu wenden.

Printausgaben werden digital im Internet in einem barrierefreien Format zur Verfügung gestellt. Das Layout von Printausgaben wird barrierefrei gestaltet. Nach Möglichkeit entstehen unsere Veröffentlichungen nach den Regeln der „Einfachen Sprache“.

Auf Parteitagen und Mitgliederversammlungen sowie auf größeren Konferenzen (z.B. Regionalkonferenzen) wird der Einsatz von Gebärdendolmetschern angestrebt. Der Einsatz von Schriftdolmetschern wird geprüft.

Der Landesvorstand verpflichtet sich, seinen Internetauftritt bis zum Ende des Jahres 2013 barrierefrei zu gestalten. Er unterstützt die Stadt- und Kreisverbände bei der barrierefreien Gestaltung ihrer Internetauftritte.

Der Landesverband regt die Landtagsfraktion sowie die kommunalen Fraktionen an, ihre Printmaterialien sowie die Internetauftritte mit dem gleichen Anspruch zu gestalten.

Webauftritte und soziale Netzwerke

Jeder Kreis- und Stadtverband betreibt seine eigene Website im LINKEN CMS. Mit dem Baukastensystem ist es uns gelungen, ansprechend und wieder erkennbar im Netz zu werben und zu informieren. Die Aktualität – einer der wichtigsten Ansprüche im Netz – ist nicht immer gegeben. Die Kraft und Zeit der ehrenamtlichen Betreuung gerät in manchen Fällen an ihre Grenzen. Die neuen Möglichkeiten des WEB 2.0 werden in den meisten Kreisverbänden nur sehr sporadisch genutzt.

Vorschläge und Maßnahmen:

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit organisiert die weitere Qualifizierung der Arbeit mit dem LINKEN CMS in den Kreisen, insbesondere auch die Einbeziehung der Möglichkeiten des WEB 2.0. Ziel ist es, die Aktualität der Kreisseiten deutlich zu verbessern, teilweise auch ihre Attraktivität.

Durch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit wird bis Frühjahr 2013 analysiert, ob ein eigenes (oder in Kooperation mit anderen Landesverbänden betriebenes) Intranet sinnvoll ist und gegebenenfalls ein Konzept vorgeschlagen.

Unsere Aktivitäten in sozialen Netzwerken werden ausgebaut. Dies gilt vor allem für unseren im Juli gestarteten Auftritt bei Facebook und unseren Twitteraccount. Kooperationen sind anzustreben, die Potenziale zur Vernetzung, zum hierarchiefreien Dialog, zur Mobilisierung und für Kampagnen weiter zu heben. Das Zusammenspiel von Informationen und Informationskanälen der Partei ist sachlich und ressourcenorientiert zu analysieren. Private Profile haben hier andere Funktionen als die von Parteigliederungen. Die Datenschutzprobleme von Facebook und anderen sozialen Netzen ist zu reflektieren. Alternativ sollen Blogs und andere digitale Diskussionsmöglichkeiten da angeboten werden, wo es Sinn macht.

Die Terminkalender im LINKEN CMS bieten die Möglichkeit zur offen zugänglichen Information über unsere und parteinahe Veranstaltungen. Dazu sind sie zu pflegen und weiter hinsichtlich der verschiedenen Anbieter (Kreise, Land, Jugendverband, LISA, Fraktionen, Foren, Stiftung, etc). zu harmonisieren.

5. Politisierung und Wissenstransfer

Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Kreisvorsitzenden, Delegierten und AG-Mitglieder bringen viel Zeit für die Partei auf, im Gemeinderat und in Ausschüssen, in der Bürgersprechstunde und auf Kommuntour. Einige hundert Mitglieder der LINKEN sind besonders aktiv – und dabei in Mehrfachfunktionen unterwegs. Sie brauchen unsere Unterstützung und Dienstleistungen, die verstärkt auch hauptamtlich Beschäftigte und Berufspolitikerinnen und –politiker leisten müssen.

In den nächsten Jahren können Funktionen und Ämter durch Jüngere neu besetzt werden. Wir müssen stärker als bisher für den Wissenstransfer zwischen Erfahrenen und Neuen vorsorgen. Gleichzeitig sollten sich die Aktiven stärker vernetzen und damit auch Impulse an andere in der Partei senden. Von einer besseren Zusammenarbeit von Vorständen und Fraktionen auf allen Ebenen profitieren alle.

Wir müssen Menschen gewinnen und begeistern – für eine alternative Politik, für Solidarität, für Kritik und Widerspruch. Das ist unsere eigentliche Aufgabe. Wir müssen neben unserer administrativen und organisatorischen Arbeit vor allem Kraft und Ideen

für politische Ziele und deren Übersetzung aufbringen. Alle Ebenen der Partei müssen mit einem Ziel zusammenarbeiten: Ressourcen für das Politische.

Eines der wesentlichen Anliegen linker Politik ist politische Bildung, um sich selbstbestimmt und selbstreflexiv von den Herrschaftsverhältnissen innerhalb der Gesellschaft emanzipieren zu können. Insbesondere im Jugendverband hat der Bereich „politische Jugendbildung“ seit Jahren einen hohen Stellenwert.

Politische Bildungsveranstaltungen sind gleichsam nach außen wie innen von Bedeutung. Öffentliche Bildungsveranstaltungen dienen der Qualifizierung, Befähigung, der Kompetenzerweiterung und dem Empowerment. Sie machen die Partei aber auch außerhalb der eigenen Mitgliedschaft attraktiver. Bildungs- und Informationsformate zeigen DIE LINKE als Fragende. Hier können Themen besprochen werden, die nicht in Beschlusstexte gegossen sind. Indem wir Kontroversen und den Wettstreit um das bessere Argument austragen, sind wir weltnäher als in der Wirkung vieler unserer Konzepte. Politische Bildung ist keine Mangelanzeige, sondern notwendige Gesellschaftskritik und Suchbewegung einer linken Partei.

Es ist nicht vorrangige Aufgabe, über Bildungsveranstaltungen Neumitglieder zu gewinnen. Dies ist ein sehr komplexer Kausalzusammenhang, in dem eine Politisierung durch Bildungsveranstaltungen der Partei nur eine Rolle unter vielen spielt. Jedoch kann von katalysierender Wirkung sein, wenn eine Veranstaltung erfolgreich ist.

Besonders für junge Mitglieder in Gruppenzusammenhängen ist es attraktiv, Spaß versprechend und förderlich, was das organisatorische Handlungswissen und dessen Erweiterung angeht, selbst politische Bildungsveranstaltungen zu organisieren. Das nötige Rüstzeug, also das Wissen, wie man eine Veranstaltung organisiert, sollten dabei Erfahrene aus Partei und Jugendverband vermitteln und in der Startphase helfen.

Vorschläge und Maßnahmen:

Einmal jährlich tagen die Kreisvorsitzenden und die Kreistagsfraktionsvorsitzenden gemeinsam. Dieses Muster, nach dem bereits Landesvorstand und Landtagsfraktion seit vielen Jahren verfahren, empfehlen wir für sämtliche Ebenen.

Der Wissenstransfer zwischen erfahrenen Genossinnen und Genossen, die Einarbeitung von Nachfolgerinnen und Nachfolgern sowie Interessentinnen und Interessenten sollte in allen Kreisvorständen organisiert werden. Eine Möglichkeit könnten regelmäßige und offene Themenkonferenzen auf Kreisebene darstellen.

*Wir regen die Nutzung der öffentlichen Datenbank der parlamentarischen und kommunalpolitischen Anträge der LINKEN an.
<http://www.die-linke.de/politik/datenbanken/>*

Die Bildungsangebote der Partei müssen ausgebaut werden. Dazu bedarf es der haupt- und ehrenamtlichen Zusammenarbeit. Ein arbeitsfähiges Bildungsteam sollte berufen werden, der Jugendverband dort Mitglied sein. Die Erfahrungen der früheren Kommission politische Bildung und des Bildungsbereiches der Bundespartei sind einzubeziehen. Ein stärkerer Austausch zwischen parteinahen Bildungsträgern und der LINKEN wird durch halbjährliche Besprechungen angeregt.

Zur Erhöhung der Verbindlichkeit werden konkrete Bildungsmaßnahmen möglichst langfristig geplant und bei der Erarbeitung der jährlichen Finanzpläne des Landesverbandes und der Kreis- und Stadtverbände berücksichtigt.

Das Landesjugendtreffen und weitere politische Schwerpunktaktivitäten werden weiterhin durch den Landesverband mitfinanziert.

6. Personalentwicklung

Unser Landesverband hat sich über viele Jahre hinweg mit großem Engagement aller Beteiligten eine feste Verankerung im gesellschaftlichen Leben erarbeitet. Als Partei sind wir immer wieder gefordert diese Verankerung mit den entsprechenden Menschen aufrecht zu erhalten. Mandate für öffentliche Ämter, Abgeordnete aber auch Funktionen innerhalb der Partei sollen und müssen von Menschen ausgefüllt werden, die in unserer Partei ihre politische Heimat sehen und in der Lage sind, den verschiedenen Anforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden.

Dies fällt uns insgesamt im Landesverband und seinen Gliederungen immer schwerer, hat der hohe Altersdurchschnitt doch auch seine Auswirkungen auf unsere Möglichkeiten zur Personalplanung. Wir haben es in der Vergangenheit versäumt, eine gezielte, nachhaltige und durchgängige Personalentwicklung gliederungsübergreifend zu organisieren. Dies hat zur Folge, dass wir auch Gefahr laufen, die reichhaltigen Erfahrungen und das Fundament unserer Verankerung im gesellschaftlichen Leben aufs Spiel zu setzen. Ohne die entsprechende Vorbereitung gehen Kenntnisse von politischen und verwaltungstechnischen Abläufen verloren, Förderung von Nachfolgerinnen und Nachfolgern geschieht oft nur sporadisch und als Förderung Einzelner von Einzelnen. Starre Parteistrukturen verleiten oft dazu, dass bei der Suche nach potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten weniger an Fähigkeiten und Leistungen, als an Parteigebundenheit orientiert wird. In manchen Fällen entwickeln sich rasante Karrieren, die auch zu Überforderung führen können. Auf der anderen Seite gehen Potenziale verloren, weil Personen nicht angesprochen und gefördert wurden. Die geeignete Ansprache für jedes Bildungsniveau zu finden, fällt oft schwer.

Wir brauchen Nachhaltigkeit statt Zufälligkeit, eine gezielte und strukturierte Personalfindung und -entwicklung. Im Fokus steht dabei insbesondere die Förderung und Qualifizierung von Frauen. Personalpolitik wollen wir als kooperative Aufgabe aller Ebenen organisieren, die selbstverständlich verankert sein muss in den entsprechenden Führungsgremien. Durch die Organisation einer gezielten Personalfindung und nachhaltiger Personalentwicklung wollen wir erreichen, dass unsere Partei attraktiver wird für politisches Engagement. Die heterogene Verfasstheit unseres Landesverbandes soll sich widerspiegeln in unseren Genossinnen und Genossen, die uns in den verschiedensten Funktionen vertreten und repräsentieren. Und zwar qualitativ so gut, dass wir die Verankerung in der Gesellschaft ausbauen können.

Vorschläge und Maßnahmen:

Jeder Kreisverband erstellt eine Bedarfsanalyse seines Kommunalbereiches sowohl für öffentliche und Verwaltungsämter als auch für Parteiämter (besonders im Hinblick auf die Kommunalwahl 2014). Die Landesebene wird dabei unterstützend wirken. Diese Bedarfsanalyse erfolgt bis Anfang des Jahres 2013 und soll jährlich auf den neuesten Stand gebracht werden.

Jeder Kreisverband erstellt eine Potenzialanalyse der eigenen Mitgliedschaft. Auch hier kann die Landesebene helfend zur Seite stehen. Möglich wären zunächst die Entwicklung eines Fragebogens zur Mitgliedererhebung sowie die Schulung der Mitgliederverantwortlichen für gezielte Gesprächsangebote an Mitglieder sowie Interessentinnen und Interessenten. Bis Mitte des Jahres 2013 soll die Potenzialanalyse für jeden Kreis fertig gestellt sein. Die Möglichkeiten zur Informationserfassung im Mitgliederprogramm unserer Partei wollen wir intensiver nutzen.

Insbesondere Neumitglieder aber auch langjährige Mitglieder sollten offensiv die Möglichkeit erfahren, dass aktive Mitglieder unserer Partei mit ihnen Entwicklungsperspektiven besprechen und entwickeln.

Dies zu organisieren sollte in der Hand eines Verantwortlichen für Personalentwicklung im Kreis liegen. Ihm zur Unterstützung können die Kreise z.B. Personalentwicklungskommissionen ins Leben rufen, die zu innerparteilichen und öffentlichen Wahlen das Finden und Vorbereiten möglicher Kandidatinnen und Kandidaten transparent gestalten. Mit Beginn des kommenden Jahres benennen alle Kreise Verantwortliche für Personalentwicklung.

Der Landesvorstand und die Kreisvorstände müssen eine Übersicht über die zur Verfügung stehenden Mitglieder haben. Sie können aber unmöglich allein die Kandidatinnen- und Kandidatensuche bewerkstelligen, denn sie haben gar nicht die Möglichkeit, alle Mitglieder näher kennenzulernen. Hier sind die Ortsverbände und weiteren Gliederungen in der Pflicht, Hinweise auf potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten weiterzugeben. Der Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden prüfen in einer gemeinsamen Beratung Möglichkeiten zur Strukturierung des Informationsflusses.

Formen des Wissenstransfers müssen in unserer Arbeit viel bewusster eingesetzt werden. So soll in den Kreisen und im Land das Angebot für Tandems, Mentoring, Praktika u.ä. ausgebaut werden. Hier sind insbesondere die Fraktionen gefragt, konkrete Angebote zu erstellen. Dafür soll es zukünftig im Webauftritt des Landesverbandes eine eigene Rubrik geben. Die Umsetzung erfolgt im kommenden Jahr.

Der Landesverband verpflichtet sich mindestens ein Angebot pro Jahr für ein Mentoringprogramm zur Verfügung zu stellen.

Um die Verbindung zu ehemaligen Praktikantinnen und Praktikanten aufrecht zu erhalten, soll es im Zusammenhang mit dem jährlichen Neumitgliedertreffen mindestens einmal im Jahr ein Angebot an alle „Ehemaligen“ geben.

Der Landesverband und die Kreise organisieren regelmäßige Angebote zur Qualifizierung in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem kommunalpolitischen forum e.V. und anderen Bildungsträgern zur politischen, verwaltungstechnischen, kommunalen und Gremien-Arbeit. Mit Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesvorstandes wird ein konstantes Angebot von Schulungsblöcken für die jeweiligen Verantwortlichen der vertikalen Aufgabenstrukturen eingerichtet. Dies kann in Verbindung mit den jährlich stattfindenden Beratungen stehen.

7. Aktuelle Herausforderung – Vorbereitung der Kommunalwahlen

Die Kommunalwahlen gestalten sich sowohl in politischer als auch in personeller und organisatorischer Hinsicht als eine Herausforderung für unseren Landesverband. Die Kommunalpolitik ist und bleibt eines der wichtigsten politischen Arbeitsfelder. Hier wird es sich zeigen, ob erste Maßnahmen, die wir mit diesem Konzept auf den Weg bringen wollen, erfolgreich umgesetzt werden und wie es uns gelingt die Chance für eine umfassende Neuorientierung unserer Personal- und Mitgliederarbeit zu nutzen. Viele Kreisverbände haben bereits mit der Vorbereitung begonnen. Die nächsten zwei Jahre müssen wir nutzen, um kontinuierlich daran zu arbeiten, den Menschen Sachsen-Anhalts thematisch und personell ein gut abgestimmtes Angebot unterbreiten zu können, das nachhaltig auch über das Jahr 2014 als Grundlage für unsere Arbeit vor Ort Wirksamkeit entfaltet.

Wir schlagen vor, folgende Aufgaben in den Mittelpunkt der Vorbereitungen zu stellen:

Inhalte

Die Stadt- und Kreisverbände sollen in den kommenden Monaten gemeinsam mit den Mitgliedern der jeweiligen Gliederungen inhaltliche und thematische Zielstellungen formulieren und zur Beschlussfassung vorbereiten. Damit verbunden sein sollten Überlegungen zur Ermöglichung einer durchgehenden Präsenz in der Öffentlichkeit.

Hierfür bietet es sich an, eine breite Basis durch Mitgliederversammlungen, Workshops, Konferenzen o.ä. zu beteiligen. Auch Bürgerkontakte und Gespräche mit den Menschen vor Ort müssen wir nutzen, um unsere kommunalen Wahlkampfthemen zu finden.

Ziel ist es, zwischen den relevanten Gremien eine thematische und organisatorische Abstimmung für die Vorbereitung der Kommunalwahl zu erreichen und Synergien zu entwickeln. Der Austausch zwischen den Fraktionen und den Vorständen der jeweiligen Gliederungen muss weiter intensiviert und verstetigt werden. So wäre es sinnvoll, die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern des Landesvorstandes und der Kreis- und Stadtvorstände für eine Sitzung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu organisieren.

Wahlkampfstrukturen

Als wichtige Arbeitsstruktur haben sich in den letzten Jahren die Stadt- und Kreiswahlbüros bewährt. Diese werden zeitnah reaktiviert, um neben der Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 erste Maßnahmen zur Organisation der Kommunalwahl 2014 zu ergreifen und als ständiges Gremium eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten. Insbesondere sollte geprüft werden, ob die bisherige Wahlkampfstruktur des Stadt- bzw. Kreisverbandes notwendigen Anpassungen unterworfen werden muss. Wie sehen die Ressourcen in finanzieller, organisatorischer und personeller Hinsicht für das Führen des Wahlkampfes aus? Wie können wir neue Mitglieder einbeziehen? Wo gibt es „weiße Flecken“, wo könnten wir uns wieder kommunalpolitisch verankern, wo wir in den letzten Jahren nicht präsent waren, wo hatten wir überdurchschnittliche Wahlergebnisse, aber womöglich keine Mitglieder?

Kandidatinnen und Kandidaten

In allen Kreisen muss ermittelt werden, wofür wir wie viele Kandidatinnen und Kandidaten benötigen. Eine entsprechende Auflistung wurde bereits durch die Landesgeschäftsstelle initiiert und soll als Planungsgrundlage dienen. Wir müssen rechtzeitig wissen, welche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wieder bereit sind zu kandidieren, aber auch erkennen, wo Lücken geschlossen werden müssen, damit gut vorbereitete Mitglieder und Sympathisierende die zu besetzenden Mandate übernehmen können.

Zentrale Aufgabe ist die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten. Die Suche nach geeigneten Personen muss kontinuierlich erfolgen, dies zu organisieren ist Aufgabe der Kreisvorstände und des Verantwortlichen für Personalentwicklung. Dabei gilt es die Generationenfrage im Blick zu behalten. Kreativität ist gefragt, um auf Menschen außerhalb unserer Partei zuzugehen und sie für linkes Engagement in ihrer Kommune zu gewinnen.

Die Potenzialanalyse in den Kreisen soll Grundlage sein, mit der Mitglieder offensiv angesprochen werden für eine kommunale Aufgabe. Unser Ziel ist es, einen mindestens 40-prozentigen Anteil an Bewerberinnen aufzustellen, um zumindest strukturell die Möglichkeit zur Erhöhung des Frauenanteils in unseren kommunalen Vertretungen zu

schaffen. Die persönliche Ansprache wird von vielen Frauen als Ermutigung erlebt und ist oft der entscheidende Schritt zur Übernahme einer Kandidatur oder Funktion.

Kandidatinnen und Kandidaten, die bisher keine oder wenig kommunalpolitische Erfahrung haben, bekommen eine Patin oder einen Paten, die/der je nach ihren/seinen Möglichkeiten als Mentorin/Mentor oder Tandempartnerin/-partner Informationsgespräche führt, Angebote zur Teilnahme an relevanten Veranstaltungen macht und Hinweise gibt auf verwaltungstechnische Abläufe. Hier sollen sich die Kreistags-, Stadt- und Gemeinderatsfraktionen einbringen, um die Kreise aktiv zu unterstützen. Mit einer offenen Willkommenskultur sollen sie Angebote für Interessentinnen und Interessenten unterbreiten, in die Arbeit der Fraktion reinzuschnuppern.

Wahlkämpfe müssen finanziert werden, aus diesem Grund prüfen die Kreisschatzmeisterinnen und Kreisschatzmeister in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Gremien die Zahlung von Mandatsträgerbeiträgen entsprechend der Finanzordnung. Auch unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ohne Parteimitgliedschaft werden gebeten, ihren Beitrag zu leisten.

Wir wollen in der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl intensiv die Zusammenarbeit mit dem Jugendverband suchen. Mit den Ideen und Vorschlägen junger Genossinnen und Genossen kann es uns gelingen, spannend und anregend potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten auf die Kommunalwahlen aufmerksam zu machen. Die Integration von Mitgliedern der Jugendstrukturen in den Teams zur Vorbereitung der Kommunalwahlen ist unser Anliegen, eigene Projekte sollen von ihnen vorgeschlagen und umgesetzt werden.

Der Landesverband wird im kommenden Jahr ein Angebot zu Schulungen unterbreiten, das durch möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten genutzt werden soll. Eine Konferenz in der 2. Hälfte des Jahres 2013 soll Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Kommunen und Kandidatinnen und Kandidaten sowie Interessentinnen und Interessenten zusammenführen, um aufzuzeigen, worin die Bedeutung der Kommunalpolitik liegt, was in den Kommunen bisher durch die Arbeit der LINKEN erreicht wurde und welche Aufgaben weiterhin vor uns liegen.

Landesverband sowie Kreis- und Stadtverbände diskutieren die Frage des Umgangs mit nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und bereiten Angebote zur weiteren Einbindung in die politische Arbeit vor.

8. Ausblick

Die Veränderungen der Gesellschaft betreffen mittlerweile auch viele Bereiche des politischen Agierens. Es geht um Veränderungen in der politischen Kultur, es geht darum den Spagat zu schaffen zwischen langjähriger Tradition und Öffnung für neue, unkonventionelle Formen der politischen Arbeit. Es geht um die Integration von

Erfahrungen aus jahrzehntelangem Kampf für unsere Ideen und eine unbeschwerte Entwicklung neuer Ansätze zur Beteiligung. Wir wollen den Aufbruch organisieren für alle, die sich nicht abfinden wollen mit der Situation in unserem Land und auf der ganzen Welt.

Seit vielen Jahren zeichnet sich unser Landesverband dadurch aus, dass wir gemeinsam versuchen, die sich verändernden Bedingungen für unsere politische Arbeit zu erkennen, mögliche Veränderungen zu diskutieren und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben mit unseren Landesparteitagsbeschlüssen 2008 und 2009 die strukturellen Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2013 festgelegt. Jetzt erweitern wir unseren Ansatz mit einem Beschluss, der sich vor allem mit der politischen Kultur in unserer Arbeit befasst. Dieser Beschluss kann somit nur ein Teil sein, um den Herausforderungen zu begegnen. Ziel muss es sein, diesen Beschluss in den kommenden Jahren zu evaluieren, weiterzuentwickeln und zusammenzuführen mit unseren strukturellen Grundlagen nach 2013.